

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 140.

Dresden, Dienstag den 22. Juni 1909.

20. Jahrg.

Wochenendausgabe mit der tagl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerboten monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die 6spaltige Beilage mit 25 Pf. bezahlet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Belegnummern 30 Pf. Anserte müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Kotierungssteuer und Getreideteuerung.

Es wird uns aus dem Reichstage geschrieben:
Die sachliche Erörterung über die Kotierungssteuer, die am Montag ausfüllte und noch nicht abgehandelt ist, vermochte wenig Reiz auf die Volksvertreter auszuüben. Lebhaft wurde die Szene nur, als der Agrarier-Abgeordnete Dr. Roesche mit falschem Pathos versicherte, es sei nur „nationale Gründe“, die seine Freunde zur Ablehnung der Erbschaftsteuer veranlassen. Schallende Ironie und lebhafteste Zwischenrufe auf der linken Seite des Hauses bewiesen, daß man das rechte Verständnis für die „nationalen“ Gefühle der Steuerdrückelberger hat. Mit elementarer Sicherheit fertigte später der kenneisreiche Reichs-Abgeordnete Dr. Gabenstein den agrarischen Nordpatrioten ab, indem er ihm schlagend seine Verdrehungen und seine Unkenntnis der Verhältnisse des internationalen Geldmarktes nachwies. Mit bestem Erfolge griff dann der Vertreter unserer Partei, Abgeordneter Dr. Frank, in die Debatte ein, der die schändliche Abrechnung mit den Agrariern hielt. Es ist nicht die Vorliebe für das mobile Kapital, die unsere Politik bestimmt; wir sind Gegner der Kotierungssteuer, weil sie durch eine Lähmung des Wertpapierumlaufes die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches aufhält und deshalb in der Arnie auf die Arbeiterklasse schädigend einwirken muß. Die Unklarheit der politischen Lage ist inzwischen viel noch größer geworden, als sie in der abgelaufenen Woche war. Das Zentrum läßt jetzt unter der Hand durch den Handelslehrer Erberger bekannt geben, daß es geneigt sei, die erheblichen Abschwächungen der Kotierungssteuer zuzugestehen und auf die Vermögenssteuer sowie auf den Kohlen- und Gassteuern zu verzichten. Der Erfolg für die dann nach den Aufstellungen der Reaktionäre ausfallenden Summen soll durch die durch ein paar neue Erfindungen von Steuererfindungen ersetzt werden. Man behauptet, daß die Mehrheit des Reichstages geneigt sei, unter diesen Umständen sich auch mit der Abschaffung der Erbschaftsteuer abzufinden. Anders sieht die Sache aus, wenn man sich unter der Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages die Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages vor Augen stellt. Der Bundesrat würde sogar „Agel schlucken“, wenn die Mehrheit sich unter der Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages die Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages vor Augen stellt. Der Bundesrat würde sogar „Agel schlucken“, wenn die Mehrheit sich unter der Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages die Form der „nationalen“ Gefühle des Reichstages vor Augen stellt.

Kommt, daß sie den Antrag wegen Mangels an Material nicht gleich zu beantworten vermöge, so wird ihre Verantwortung für die Verschleppung vor dem ganzen Lande festgestellt werden. Im übrigen würde dabei auch die Frage zu erörtern sein, ob sich der Reichstag eine offensichtliche Verschleppung überhaupt gefallen lassen darf: Die bisherige Auslegung der Geschäftsordnung, wonach es die Regierung in der Hand hat, die Verantwortung einer Interpellation auf den Sanftmümmelstag zu verschieben, indem sie einfach erklärt, sie gebe sie „später“ zu beantworten, ist nach unserer Meinung irrig. Es kam sich nach dem Sinne der Geschäftsordnungsreform nur um die Verschiebung der Antwort um ein paar Tage handeln, nicht aber um eine so lange Zeit, daß die Interpellation praktisch wertlos gemacht wird. Die höhnische Bemerkung der Kreuzzeitung, daß die Sozialdemokraten wohl bis Weihnachten auf die Verantwortung ihrer Anfrage warten könnten, muß den Reichstag veranlassen, die Frage einer prinzipiellen Entscheidung zuzuführen.
Wozu übrigens die Reichsregierung im vorliegenden Falle überhaupt die Sammlung von „Material“ für nötig erachtet, ist sachlich unverständlich: ihr stehen die Notizen der Reichsbehörden, die Mitteilungen der Städte über die Lebensmittelpreise und die anderen Quellen zur Erkenntnis der Lage genau so gut zur Verfügung wie aller Welt. Wenn sie also Schwierigkeiten vorschützt, so geschieht es einzig und allein im Interesse der agrarischen Brotwucherer, als deren Geschäftsführerin und Beauftragte sie sich trotz aller Willkürlichen Redensarten füllt. Schon die erneute Feststellung dieser Tatsache, gerade im jetzigen Augenblick, ist von hohem Werte.

Das Labyrinth.

Die entscheidenden Bestimmungen in den Steuerfragen haben. Aber überall herrscht Unklarheit, wie sie ausfallen mögen, und noch mehr Unklarheit, wie sich auf Grund der möglichen Abstimmungs-ergebnisse die Situation gestalten soll.
— Das Eigenartige des Signals ist, daß — nun die gesamte weitere Entwicklung der Verhältnisse von der „niedergerillenen“ Sozialdemokratie abhängig ist. Obgleich unsere Fraktion im Reichstage infolge der ungeschickten Wahlkreisverteilung und auch infolge der Stichwahlverhältnisse der gegnerischen Parteien außer allem Verhältnis zur Zahl unserer Wählerstimmen steht, so ist sie es doch jetzt, die den Schlüssel der Situation in der Hand hält.
Die Erbschaftsteuer kann nur durch die Mitwirkung unserer Fraktion zur Annahme gelangen. Nun ist es gerade unser sozialdemokratisches Verdienst, daß die Befreiung der Erbschaften von Reichssteuern überhaupt auf die politische Tagesordnung gelangt ist. Jetzt aber ist die Erbschaftsteuervorlage der Regierung einseitig verquast mit der Last der indirekten Steuern, andererseits ist sie gegenüber der ursprünglichen Nachlasssteuervorlage der Regierung nochmals abgeschwächt worden. Es ist daher durchaus richtig, daß sich unsere Fraktion ihre Zustimmung vorbehält und daß sie zunächst alles anbieten will, um diese Steuervorlage in der bevorstehenden Kommissionsberatung zu verschärfen und zu verbessern.
Infolge dieses Umstandes aber wissen nun die bürgerlichen Parteien ganz und gar nicht mehr aus noch ein. Die Liberalen sind untereinander nicht einig, ob sie sich bereit erklären sollen, im Falle der Annahme der jetzigen Erbschaftsteuervorlage für die sämtlichen indirekten Steuern samt Verbrauchsteuern abzuweichen. Die Nationalliberalen neigen offenbar zu diesem Entschluß, während ein Teil der Freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei sich auf dieses scheinbare Kompromiß denn doch noch nicht einlassen möchte. Die Konservativen dagegen sehen mit Schrecken dem Moment entgegen, wo die Erbschaftsteuer durch die sozialdemokratischen Stimmen eine Mehrheit bekommen könnte, — was sollen sie dann tun? Sollen sie dann trotzdem die übrigen Steuern mit dem Zentrum fertig machen?
Wiederum durch die Erörterungen aller dieser Möglichkeiten stellt sich die Frage nach der Reichstagsauflösung. Die Sozialdemokratie hat selbstredend den Wunsch, daß die Wähler über die gesamten Steuerfragen befragt werden. Natürlich werden wir nicht nur die Frage der Erbschaftsteuer, wie die Liberalen es wünschen, in den Vordergrund stellen, sondern vor allem die gesamten reaktionären Möglichkeiten der gegenwärtigen Politik der Regierung und der herrschenden Parteien! Auch den Liberalen erscheint die Auflösung des Reichstages willkommen. Auf einem Provinzialparteitag, den die Nationalliberalen am Sonntag in Hannover abhielten und auf dem Wasserfall die politische Situation besprochen, wurden Vorbereitungen für eine Reichstagsauflösung recht ernsthaft besprochen.
Den Konservativen ist der Gedanke der Reichstagsauflösung nicht geblieben. Sie wollen die Regierung ihren reaktionären Wünschen gefällig machen, aber sie sind weit davon entfernt, gegen die Regierung einen Wahlkampf führen zu wollen. Die Regierungen endlich dürften, wie uns scheint, sich keineswegs an die Auflösung des Reichstages herantrauen. Sie müßten einen Wahlkampf befürchten, der in vollem Gegensatz zu dem von 1907 liegt.

Wasserfall

führte auf der Hannoverischen Provinzialversammlung seiner Partei u. a. folgendes aus:
Bei der Finanzreform handle es sich heute nur um eine politische Machfrage. Das Zentrum lege sich über alle Rücksichten auf die Interessen des Mittelstandes und der Industrie hinweg und verfolge nur das eine Ziel, die Macht im Reichstage wieder zu erlangen. Eine Reichstagsauflösung sei darum im gegenwärtigen Augenblick für die liberalen Parteien nicht unangenehm, denn überall im Lande verbreite sich immer mehr die Erkenntnis, daß das Interesse des Volkes dem Parteinteresse des Zentrums geopfert werden solle.
Sollte die konservativ-liberale Finanzreform Gesetz werden, dann werde die Unzufriedenheit im Volke wachsen und man werde dann 1911 Gelegenheit haben, einen guten Kampf zu führen. Der Redner glaubt jedoch nicht, daß die Regierung den Vorlagen der konservativ-liberalen Mehrheit zustimmen und das insbesondere Herr Bölow in der letzten Phase seines Wirkens seinen Ruhm als Reichstagspräsident preisgeben und sich dem Joch des Zentrums beugen werde. Sollte Bölow gehen und ausruhen, so werde das deutsche Volk es ihm sicher als Verdienst anrechnen, daß er es gewagt habe, den Kampf mit dem Zentrum aufzunehmen. Die nationalliberale Partei habe einen schweren Stand, aber sie habe die Freude, daß ihre Wähler einzeln und geschlossen hinter den Abgeordneten stehen. Die Partei werde in dem Kampfe auf den Schanzen stehen bis zum letzten Augenblick. Wer eines denke, daß die Partei das Feigensblatt sein werde, die Wähler der konservativ-liberalen Finanzreform zu verbieten, der habe eine falsche Rechnung aufgemacht.
Wie sind doch die Vorbereitungsarbeiten verlaufen, die die geniale Politik Wasserfalls auf den konservativ-liberalen Block so blickt lang! Jetzt ist Herr Wasserfall schon stolz, nicht das Feigensblatt der konservativ-liberalen Reaktion abgeben zu wollen. Er will nur als Feigensblatt der Bölowischen Regierungsreaktion dienen!

Die Frankfurter Zeitung

schreibt: „Überblickt man die viertägigen Erörterungen, die an die neuen Steuerprojekte des Schanzen gestrichelt worden sind, so muß man sich sagen, daß man am Ende so liegt wie vorher. Der Reichstag hat in der ausgereicherten Rede, mit der er die Generaldebatte am Sonnabend abschloß, sehr treffend dem Gefühl der Enttäuschung Ausdruck gegeben, daß nach dieser Debatte durch die Bevölkerung geben muß. Das Volk leidet nach Klarheit, und im Reichstage ist nach wie vor Verwirrung und Unklarheit das Charakteristische der Situation. Den konservativen Vätern wird die Bemerkung Wasserfalls unverständlich, daß auch durch eine etwaige Annahme der Erbschaftsteuervorlage die Schwierigkeiten, die einer Verständigung mit der Linken über die indirekten Steuern entgegenstehen, durchaus nicht behoben würden. Das ist vom Standpunkt der Linken aus eine ganz unanschauliche Darlegung; die Erbschaftsteuer ist in ihrer jetzigen Gestalt viel zu schwach, als daß auf ihr ein Kompromiß über die indirekten Steuern aufzubauen werden könnte. Die Linke kann unterer Gradens auf eine allgemeine Verständigung über die Reform sich nur dann einlassen, wenn entweder die Erbschaftsteuer nach dem Vorbild der englischen Steuer so stark aufgebaut wird, daß ihre Erträge sehr viel höher sind als die der Vermögenssteuer, oder wenn daneben die Feuerversicherungsabgabe zu einer allgemeinen Reichsvermögenssteuer erweitert wird, die den Namen einer wirklichen Vermögenssteuer verdient.“

Konservative Reagie.

Die Post fährt über die Frage einer möglichen Reichstagsauflösung aus:
Selbst wenn nicht entscheidende Rücksichten allgemein politische Natur dagegen sprechen, einen aus Remonten nach einer Auslösung hervorgegangenen Reichstag wiederum aufzulösen, verdient gerade das Interesse an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform eine solche Maßnahme. Wegen die Liberalen es wünschen, Konservativen und Zentrum sie fürchten, wer die Dinge so anfaßt, wie sie sind, und nicht, wie man sie wünscht, wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß bei jetzt vorzunehmenden Reichstagswahlen nicht die Erbschaftsteuer, sondern die Verbrauchsteuern, das Bier, das Fleisch und der Schnaps des armen Mannes die Kontrolle spielen würden. Die Remonten würden daher vielleicht eine Mehrheit für eine allgemeine und hohe Erbschaftsteuer, sicher aber nicht für die damals notwendigen Hunderte von Willkürlichen Verbrauchssteuern ergeben. Die Gesamtheit einer Reichstagsauflösung muß daher aus der Reihe der praktischen Vorschläge ausgeschieden.
Recht bemerkenswert sind die folgenden Betrachtungen der Deutschen Tageszeitung:
Auf keinen Fall würde eine Mehrheit für die Erbschaftsteuervorlage kommen ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie; denn schließlich ist diese Partei auch nur der Stimme, so wäre den unverbundenen Gegnern dieser Steuer die Mehrheit abstoßend sicher. Diese Tatsache zeigt aber am besten, wie bedenklich ein solches Vorgehen ist, die sich auf einen Zufallsfall der Regierung in der Erbschaftsteuervorlage einlassen. ... Wir möchten in diesem Augenblick der Sozialdemokratie für die Erbschaftsteuer, die eine aktive Mitwirkung der Sozialdemokratie für das Schicksal der Finanzreform selber haben möchte. Zunächst ist wohl das eine so gut wie sicher: Die Sozialdemokraten würden in der dritten Lesung doch wohl selbst die Erbschaftsteuer, auf jeden Fall die übrigen Reichsfinanzvorlagen ablehnen. Zur Bildung einer liberalen Mehrheit für die Reichsfinanzreform kommen sie also auf keinen Fall in Frage. Dann aber ergibt sich sofort die andere Frage: Wie würde eine Durchsetzung der Erbschaftsteuer mit Hilfe der Sozialdemokratie auf die Bildung bürgerlicher Mehrheiten zur Durchführung der Reichsfinanzreform wirken?
Nach unserer festen Ueberzeugung würde sie zur Folge haben, daß eine bürgerliche Mehrheit für die Reform überhaupt nicht mehr zustande kommt. Bis jetzt gibt es nur eine Mehrheit für die Reform; das ist die in der Kommission gebildete. Das die Rechte, beziehungsweise die konservativen Partei durch eine Niederlage bei der Erbschaftsteuer veranlaßt werden könnte, der Linken in den anderen Steuerfragen unter Abwendung vom Zentrum entgegenzukommen, wird wohl niemand annehmen; für die Parteien der Linken aber wäre irgendein Grund zu einem Einigenkommen ihrerseits in einer Durchsetzung der Erbschaftsteuer gegen die Konservativen gleichfalls durchaus nicht gegeben; der größte Teil der bürgerlichen Linken jedenfalls würde ein solches Entgegen-

Vertical text in the left margin, likely bleed-through or a small advertisement.